

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 5

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 29.5.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

der Schwerpunkt dieser Ausgabe unseres Entwicklungspolitischen Rundbriefs liegt auf der **Nachbetrachtung des EU-Lateinamerika-Gipfels** (11./12. Mai) und **Alternativengipfels** (Enlazando Alternativas, 10.-13. Mai) in Wien. Die Erwartungen der EU-Kommission erfüllten sich in Wien nicht: Statt des Freihandelsabkommens EU-Mercosur gab es nur die unbestimmte Absichtserklärung weiterzuverhandeln. Jetzt rücken Verhandlungen mit den Zentralamerikanischen Staaten ins Blickfeld der EU. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass das ursprüngliche Ziel der EU, möglichst schnell zu einer europäisch-lateinamerikanischen Freihandelszone zu kommen, zunächst in weite Ferne gerückt ist. Das ist ein wichtiges Ergebnis des sozialen Aufbruchs in Lateinamerika, wo eine Dynamik weg vom neoliberalen Entwicklungsmodell und seiner Freihandelsideologie und hin zu mehr Partizipation, Reziprozität und sozialem Ausgleich in Gang gesetzt ist.

Optimistische Stimmung herrschte deshalb auf dem Alternativengipfel, auf dem soziale Bewegungen und politische Gruppen ein Tribunal über die Multinationalen Konzerne abhielten und Strategien gegen die neoliberale Hegemonie diskutierten. Dass die Präsidenten von Venezuela und Bolivien, Hugo Chavez und Evo Morales, am Alternativengipfel teilnahmen und dafür das eine oder andere Staatsbankett sausen ließen, kam bei den rund 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut an. Dazu:

- Bericht aus Wien: Solare und soziale Energie für Lateinamerika ab Seite 2
- Dokumentation: Abschlusserklärung des Alternativengipfels ab Seite 3
- Veranstaltungshinweis: Kolumbien-Hearing der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag auf Seite 8
- Bericht vom Chorprojekt Canto General ab Seite 9
- Zu Protokoll gegebene Rede von Wolfgang Gehrcke vor dem Deutschen Bundestag zum EU-Lateinamerika-Gipfel (11.5.2006) ab Seite 10

Zum laufenden Antrag auf Exportkreditversicherung zum Bau des **Ilisu-Staudamms** in der Türkei dokumentieren wir ab Seite 11 eine Kleine Anfrage unserer Fraktion. Wir dokumentieren außerdem ab Seite 13 aus der Bundestagsdebatte vom 11.5.2006 die Rede von Hüseyin-Kenan Aydin: **Entschuldung – Voraussetzung für Entwicklung.**

Solare und soziale Energie für Lateinamerika

Heike Hänsel, Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., nahm gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen Wolfgang Gehrcke und Oskar Lafontaine am Alternativengipfel in Wien teil. DIE LINKE. hatte selbst eine Veranstaltung unter dem Titel „Solare und soziale Energie für Lateinamerika“ organisiert und dazu Hermann Scheer (MdB SPD) sowie den Präsidenten des Bolivianischen Senats, Dr. Santos Ramirez, eingeladen.

Heike Hänsel stellte dabei den aktuellen Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu neuen solidarischen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa (Bundestagsdrucksache 16/1126, siehe Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 3) vor. Aufgabe parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit sei es, Treffen wie den EU-Lateinamerika-Gipfel oder den G8-Gipfel und die geplanten Freihandelsabkommen grundsätzlich zu delegitimieren. Die Verhandlungen fänden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, seien daher intransparent und undemokratisch. Wirtschaftliche und militärische Interessen der Eliten in Lateinamerika und Europa dominierten, die Zivilgesellschaft bleibe vor verschlossenen Türen. Als ein gutes und wichtiges Signal bezeichnete Hänsel die Bereitschaft der Präsidenten Venezuelas und Boliviens, Hugo Chavez und Evo Morales, sich intensiv mit sozialen Bewegungen auszutauschen, Partizipation zu organisieren und in Wien in einen direkten Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen zu treten. Das sei ein neues Verständnis von Politik.

Hermann Scheer, Bundestagsabgeordneter der SPD und Präsident von Eurosolar, stellte auf der Veranstaltung die historischen Zusammenhänge der Energieabhängigkeit dar. Akzeptiert würden nur die Energieformen, die in die geschaffenen Strukturen von Energiegewinnung, Transport und Verbrauch passten. Es reiche daher nicht aus, die alternativen Energien technisch zu erklären, sondern die politischen Implikationen und wirtschaftlichen Strukturen und Interessen müssten erörtert werden. „Gegenwärtig erleben wir einen globalen Energieimperialismus“, stellte Scheer fest. Erdöl, Erdgas und Uran kommen nur an wenigen Plätzen dieser Welt vor: 60 Prozent des Erdöls stammen aus 40 Quellen, bei Kohle sind es etwas mehr, bei Uran und Erdgas aber noch weniger. Deshalb haben sich in der Energieversorgung mächtige Monopole entwickelt.

Wichtig ist, so Scheer, sich unabhängiger vom Öl zu machen. Da die fossilen Ressourcen begrenzt sind, ihr Verbrauch aber ansteigt, kommt es zunehmend zu Konflikten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Als Beispiele führte Scheer die Irakkriege an. Die USA lassen sich ihre militärische Präsenz in den Golfstaaten viele Milliarden Dollar kosten. Auch die Nato hat die Sicherung der Ressourcen auf ihrer Agenda. Regierungen werden gestürzt oder gestützt – je nach ihrem Wohlverhalten bei dem Zugang zum Öl. Die derzeitige Entkoppelung der Energieproduktion vom Verbrauch ist eine zentrale Ursache für den Unterschied zwischen Arm und Reich. Erneuerbare Energien sind dagegen überall verfügbar und machen autonome Entwicklungen möglich.

Positiv wurde auf der Veranstaltung auf den Weg Boliviens und Venezuelas Bezug genommen. Dort werden die Erdöl- und Erdgasquellen nicht nur verstaatlicht, sondern mit den Einnahmen werden soziale Entwicklungsprogramme finanziert. Die Verstaatlichung der Rohstoffe sei Bestandteil einer neuen Politik, einer Abkehr von neoliberalen

Entwicklungsdogmen, erläuterte dazu der bolivianische Senatspräsident Santos Ramirez. In Sachen Alternativenenergien sei Bolivien dankbar für Wissen und Anregungen aus Europa, da auf dem alten Kontinent, beispielsweise bei der Windenergie, bereits große Fortschritte erzielt worden seien.

Heike Hänsel warnte ihrerseits vor einer weltweiten Renaissance der Nuklearenergie. Durch die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe zielen internationale Institutionen, wie die Weltbank offensichtlich unter dem Begriff „saubere Energie“ auf eine Förderung von Atomkraft. Dies wäre unter energie- und friedenspolitischer Hinsicht eine fatale Entwicklung, so Hänsel. Um die Möglichkeit einer Energiewende hin zur Nutzung und Entwicklung regenerativer Energien zu bewahren, sei es entscheidend, gegen die Privatisierung der Energieversorgung zu kämpfen. Die Verstaatlichung der Erdgasreserven in Bolivien sei ein erster wichtiger Schritt dahin, so Hänsel. Jetzt wäre es wichtig, Bolivien bei seinem eigenständigen energiepolitischen Weg zu unterstützen und Technologie-Wissenstransfers aus Europa und Lateinamerika, z.B. Kuba, im Bereich Solarenergie zu organisieren. Hänsel warb für ein neues Solidaritätsprojekt: „solare Entwicklungshilfe“ für Bolivien.

Diese Idee will sie auch in die Linksfraktion einbringen. Die Linksfraktion will eine ständige AG Lateinamerika einrichten, um solche Aktivitäten und die weitere politische Diskussion zu organisieren. Mehr Infos unter: www.heike-haensel.de und am 21. Juni auf einer Informationsveranstaltung der Hellen Panke Berlin (www.helle-panke.de).

Dokumentation: Abschlusserklärung Enlazando Alternativas 2

SCHLUSSEKKLÄRUNG

ENLAZANDO ALTERNATIVAS 2

10.-13. Mai 2006

Die Sozialbewegungen sagen "Nein" zum Freihandel zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika

Wir – Frauen und Männer aus sozialen und politischen Bewegungen und Organisationen aus Lateinamerika und der Karibik sowie aus Europa – haben uns zwischen dem 10. und dem 13. Mai 2006 in Wien versammelt, um unsere Opposition und unseren Widerstand gegen die neoliberale Politik des Freihandels auszudrücken, die Regierungen beider Regionen in unseren Ländern durchsetzen und die sie als Rahmen für ein neues Partnerschaftsabkommen vorschlagen. Wir lehnen den Versuch der Europäischen Union, bis 2010 in beiden Kontinenten eine Freihandelszone zu errichten, ab, ebenso deren Bestreben, die bereits bestehenden Abkommen mit Mexiko und Chile zu vertiefen sowie ähnliche Verträge mit dem Mercosur und Zentralamerika und der Andenregion abzuschließen. Wir haben uns auch versammelt, um den Aufbau eines politischen und sozialen Dialogs zwischen den Völkern voranzutreiben; wir fordern unser Recht ein, Alternativen vorzulegen, und wir vertrauen in unsere Fähigkeit, diese auszuarbeiten.

In Lateinamerika und der Karibik wächst der Widerstand gegen die aggressive und ausplündernde Politik der Großmacht im Norden, zu der sich heute noch der Widerstand gegen die Versuche der Europäischen Union, uns eine neoliberale Politik aufzuzwingen, gesellt hat. Es wächst aber auch der Widerstand der europäischen Bevölkerungen gegen-

über der neoliberalen Politik ihrer eigenen Regierungen und besonders der EU-Institutionen, die die geschichtlich gewachsenen Systeme des sozialen Schutzes, die ein Merkmal dieser Region darstellten, abbauen wollen. Wir treiben die Globalisierung eines breiten sozialen Widerstandes all jener Menschen voran, die von ihrer Position der Ausgrenzung, der Arbeitslosigkeit, der Marginalisierung oder der direkten Unterdrückung sich zusammenschließen, um diesen Prozess zu stoppen und um eine andere Welt aufzubauen.

Die besorgniserregenden Entwicklungen, die uns schon in Rio und Madrid zusammengeführt haben und die schließlich im Mai 2004 in Guadalajara, Mexiko, den Ursprung der sozialen Treffen "Enlazando Alternativas - Alternativen verknüpfen" bildeten, bestehen sowohl in Lateinamerika als auch in Europa weiter.

Die Erfahrungen, die wir in zehn Jahren Nordamerikanischer Freihandelszone (NAFTA) und in sechs Jahren der "Partnerschaft" mit der Europäischen Union gesammelt haben, sind deutlich genug, um unsere politische Positionierung gegen den Freihandel zu begründen, der auf der Intransparenz und der Ungleichheit in den Beziehungen zwischen reichen und armen Akteuren beruht.

Ein Beispiel dafür sind die Prozesse der Desindustrialisierung und des Abbaus der öffentlichen Dienstleistungen, die Lateinamerika in eine Situation chronischer Armut und sozialen Ausschlusses gebracht haben. In Europa manifestiert sich dieselbe neoliberale Welle in der Bolkenstein-Richtlinie, in der Ideologie der Europäischen Verfassung, im Druck auf eine Senkung der Arbeitsstandards, der Krise des Sozialstaates, der Bedrohung der Agrarproduzenten und -produzentinnen und der Ernährungssouveränität sowie der Schaffung eines feindseligen Klimas mit steigender sozialer Desintegration, Fremdenfeindlichkeit, Gender-Gewalt, städtischer Gewalt und anderen Symptomen: sichtbare Ergebnisse einer globalen Krise, in die uns diese Jahre des Washington Consensus geführt haben.

Wir stellen die Rolle der Transnationalen Unternehmen Europas in Lateinamerika in Frage. Sie sind bei weitem kein Faktor der Entwicklung und des sozialen Friedens, sondern haben massive Konflikte hervorgerufen, besonders was den Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen betrifft (etwa Wasser, Strom, Telefon). Sie fördern die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt. Die negativen Auswirkungen dieses Modells werden noch verstärkt durch die Einführung der Freihandelsabkommen und großer Infrastrukturprojekte wie der Integrationsinitiative der Regionalen Infrastruktur Südamerikas (IIRSA) und dem Plan Puebla Panamá (PPP).

Hinsichtlich Wasser, diesem Gemeingut der Menschheit, haben die Privatisierungsprozesse bei den öffentlichen Dienstleistungen in verschiedenen Ländern und Regionen Lateinamerikas den europäischen Unternehmen eine große Gelegenheit zur Profitsteigerung gegeben und gleichzeitig die Entscheidungsgewalt der Bevölkerungen über ihre Länder und ihr Leben ausgehöhlt. Wir wagen es zu behaupten, dass diese Unternehmen ihre Gewinne auf Kosten der Gesundheit, der Verschlechterung der Lebensqualität und der Verarmung breiter Bevölkerungsteile maximiert haben.

Die europäischen Erdölkonzerne haben seit Jahrzehnten die fossilen Brennstoffe Lateinamerikas ausgebeutet und dabei Menschen, Gemeinschaften und die Umwelt zerstört. Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union sollten hingegen auf dem Respekt vor der Souveränität der lateinamerikanischen Länder aufbauen, auf dem Respekt vor den Ressourcen und vor dem Prozess der Renationalisierung der fossilen Brennstoffe, der in der Region begonnen hat.

Der Zugang zu Land ist ein grundlegendes Menschenrecht, genauso wie die Verteidigung des gemeinschaftlichen Landeigentums der kleinbäuerlichen, der indigenen und der afro-amerikanischen Bevölkerung, die heute von den Programmen der individuellen Landverteilung der internationalen Organisationen bedroht sind. Wir sprechen uns für eine wirkliche Agrarreform aus und wiederholen nachdrücklich, dass die natürlichen Ressourcen und das traditionelle Wissen sowie die Biodiversität Bestandteil des Gemeinguts der Völker sind, also Güter, die nicht kommerzialisiert werden können. Wir sind gegen gentechnisch veränderte Pflanzungen und gegen das Agroexport-Modell, das zur Vertreibung ganzer Gemeinschaften und zum Ruin kleinbäuerlicher Ökonomien führt.

Die Europäische Investitionsbank zeigt ein wachsendes Interesse an der Finanzierung von Investitionen in Lateinamerika, deren Auswirkungen die Vorteile, die die Finanzhilfe dieser Bank den Bevölkerungen des Kontinents gebracht haben mag, wieder zunichte machen.

In diesem Szenarium neoliberaler Strategien, die von den europäischen Regierungen gefördert und von den europäischen Unternehmen umgesetzt werden, findet der Gipfel der Staatschefs von Lateinamerika und der Karibik sowie von der Europäischen Union statt, der eine Agenda voller leerer Versprechen wiederholt, die die wahren Absichten, nämlich die Beschleunigung des Abschlusses von biregionalen Freihandelsabkommen, verdecken sollen. Gleichzeitig setzt die Europäische Union ihren Erweiterungsprozess fort, der vor allem auf einer neoliberalen Orientierung aufbaut, die zwangsläufig in ihrem Inneren zu neuen und tieferen Krisen führen wird.

Was die Möglichkeit eines Assoziierungsabkommens zwischen den beiden Regionen betrifft, so darf sich dieses, um gerecht und für unsere Bevölkerungen von Vorteil zu sein, nicht im Rahmen eines Freihandelsabkommens bewegen. Wir wollen keinen "Freihandel" zwischen Europa und Lateinamerika. Wir wollen Handelsbeziehungen zwischen beiden Regionen, die zur Wohlfahrt unserer Bevölkerungen beitragen, die Souveränität unserer Länder begünstigen und unsere Umwelt nicht zerstören. Wir sind gegen einen Freihandel, der im Dienste der Interessen der europäischen Konzerne und der lateinamerikanischen Export-Eliten steht.

Wir betrachten den politischen Dialog und die Zusammenarbeit, die uns angetragen wird, als inhaltsleer. In dem Zustand, in dem sich Europa befindet, sind die europäischen Regierungen nicht besonders dazu geeignet, von sozialer Kohäsion zu sprechen. Um von politischem Dialog zu sprechen, müssen die Bedingungen einer echten Teilnahme der sozialen Bewegungen gegeben sein, der sich nicht auf die Ebene von Konsultationen beschränken darf. Die Zusammenarbeit muss ein Instrument zum Nutzen unserer Bevölkerungen sein und nicht, wie gegenwärtig, ein aggressives, auf einer rein merkantilen Rhetorik aufbauendes Instrument, das die Ausbeutung und die Kontrolle unserer Länder, Ressourcen und öffentlichen Güter begünstigt.

Die Sitzungen des Permanenten Tribunals der Völker über die neoliberale Politik und die europäischen Konzerne in Lateinamerika haben die systematische Natur des Verhaltens dieser Unternehmen offengelegt, ihre Verbindungen mit einer Gesetzgebung, die diese Politik fördert, und den Rückhalt von internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zum Wohle ihrer Profite. Die dabei vorherrschende Logik führt zur Entmündigung und zur Verletzung der Rechte der KonsumentInnen, der Werkätigen und der Bevölkerung im allgemeinen. Wir erachten es daher von größter Wichtigkeit, einen biregionalen Raum der Beobachtung und der Anklage der Transnationalen Unternehmen zu schaffen, um ihrer Willkür, die sich aus ihrer weltweiten Macht ergibt, ein Ende zu setzen.

Die Sicherheit in der Welt nach der Zeit des Kalten Krieges wird nicht durch die rhetorische Gegenüberstellung einer unipolaren versus einer multipolaren Welt garantiert. Diese verbirgt ein perverses Spiel, das die implizite Zustimmung zu einer kriegerischen Politik mit der äußeren Zurückweisung dieser Politik kombiniert. Diese unipolare Praxis hat in der ganzen Welt Tausende von Opfern gefordert, und der illegale Krieg im Irak und die unmittelbare Möglichkeit eines noch umfassenderen Kriegs gegen den Iran haben das Scheitern der eigenen Friedensversprechen vor Augen geführt. Lateinamerika kann die von der Europäischen Union in ihren Abkommen gegenwärtige neokoloniale Politik mit ihrem geopolitischen Kalkül, in dem unsere Länder keine Rolle spielen, nicht tolerieren.

Wir treten für ein multilaterales Wirtschaftssystem ein, das die Kapitalflüsse reguliert, die Komplementarität unserer Ökonomien fördert, das klare und gerechte Regeln der Handelsbeziehungen definiert, das die wirtschaftliche Kluft zwischen dem Süden und dem Norden schließen hilft. Stattdessen wird diese Kluft durch die ständig wachsende Auslandsverschuldung noch erweitert. Wir sprechen also von einem multilateralen System, das offensichtlich anders ist als jenes der Welthandelsorganisation WTO.

Es macht uns Sorgen, dass die Vertiefung der gegenwärtigen ökonomischen Ungleichheiten und der Verlust von Arbeitsplätzen auf der einen Seite zu einer verstärkten Migrationsbewegung und auf der anderen, europäischen Seite zu einer steigenden Abschottung führt. Das sind Szenarien, die – gefördert noch durch die Terrorismus-Paranoia einiger europäischer Regierungen – zum gesellschaftlichen Verfall und zur Gewalt, zur Kriminalisierung der MigrantInnen und gleichzeitig zum Verlust der gesellschaftlichen Solidarität hinführen. Wir fordern den Respekt vor den MigrantInnen und die sofortige Anerkennung ihrer bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte sowie die Schließung aller Anhaltelager.

Wir fordern die Respektierung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie die Respektierung der Identität und der Rechte der indigenen Völker, ebenso das Recht der Frauen und der Jugend auf soziale Integration, das in unseren Gegenden so oft mit Zustimmung der Regierungen verletzt wird. Wir sprechen uns für eine Justiz aus, die gegen die Straflosigkeit bei Vergehen gegen die menschlichen Grundrechte auftritt.

Wir verurteilen den Ethnozid und die Militarisierung der Territorien indigener und afroamerikanischer Völker und Gemeinschaften und fordern die Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, denn nur der Respekt vor ihrer Autonomie und ihren Kulturen gewährleistet, dass der Planet in Zukunft aus seinen Schätzen, deren Hüter sie sind, Nutzen ziehen kann.

Weiters treten wir für eine Entmilitarisierung der Drogenbekämpfung ein, die vielfach als eine Ausrede verwendet wird, um Volksbewegungen zu unterdrücken, sowie für eine Legalisierung des Konsums des Koka-Blattes und seiner Derivate für den häuslichen Gebrauch.

Wir klagen an und wir verurteilen die Position der Europäischen Union im Falle von Kuba, die sich in den Dienst der aggressiven Politik der Vereinigten Staaten stellt. Wir verurteilen extraterritoriale Gesetze wie das Helms-Burton-Gesetz und fordern die Anerkennung und die Respektierung des Rechtes auf eine freie Entscheidung des kubanischen Volkes beim Aufbau ihres eigenen politischen, ökonomischen und sozialen Modells.

Wir sprechen uns gegen die Privatisierung der Kommunikation und Information und vielmehr für deren Demokratisierung aus. Wir benötigen eigene und solidarische Medien, die zum weiteren Aufbau der Zivilgesellschaft beitragen und die Vielfalt und den Pluralismus

der Medienlandschaft garantieren. In diesem Sinn begrüßen wir die Gründung und Konsolidierung von Telesur.

Wir sprechen uns weiters für ein Ende des Gewalt-Mandats der UNO in Haiti aus, das nur zu einer verstärkten Militarisierung der Region statt zu ihrer Entwicklung beiträgt. Für Kolumbien fordern wir eine politische Lösung des bewaffneten internen Konflikts und einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit. Wir verurteilen die Straflosigkeit und die jüngsten Rechtsnormen zur Demobilisierung der Paramilitärs, die die Straflosigkeit zusätzlich begünstigen, wie etwa das zu Unrecht so genannte „Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden“. Wir fordern von der kolumbianischen Regierung die Erfüllung der Empfehlungen der Vereinten Nationen und die Respektierung der Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung.

Wir fordern und wir arbeiten für den Frieden, die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, die Entwaffnung, die Auflösung der Militärbasen und die Rückkehr der Sicherheitskräfte in ihre Ursprungsländer. Wir weisen die Militarisierung und den militärisch-industriellen Komplex, die den Neoliberalismus aufrechterhalten, zurück.

Wir als soziale Bewegungen von Lateinamerika, der Karibik und der Europäischen Union möchten noch einmal nachdrücklich unseren Willen betonen, bei allen gemeinsamen Kämpfen gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, für eine würdige und qualitätsvolle Beschäftigung, für die bürgerliche Kontrolle der Transnationalen Unternehmen, gegen die neoliberale Politik der Regierungen, für die Verteidigung und Vertiefung der sozialen Erregenschaften, für die Renationalisierung unserer natürlichen Ressourcen und Reserven und der gegenwärtig privatisierten öffentlichen Dienste die Zusammenarbeit, die Koordination und die Solidarität zu verstärken.

Gegenüber der von der neoliberalen Politik angewandten Praxis manifestieren sich in Lateinamerika heute konkrete Beispiele des Willens zu Beziehungen, die auf der Integration und der Ausarbeitung von Alternativen beruhen. Es öffnet sich eine neue Etappe souveräner Initiativen, die sich auf der Basis von Zusammenarbeit und Solidarität entwickeln. Ein Beispiel dafür ist die Bolivarische Integrationsinitiative ALBA mit ihrer Idee der Handelsabkommen der Völker, die vor allem von den Regierungen von Kuba und Venezuela vorangetragen wird und der sich kürzlich auch die Regierung von Bolivien angeschlossen hat. Die sozialen Bewegungen von Lateinamerika, der Karibik und Europa betrachten mit Anerkennung diese Bemühungen und verpflichten sich – unter Beibehaltung der Unabhängigkeit und Identität als Volksbewegungen –, eine positive Entwicklung dieser Initiativen zu unterstützen. Wir setzen auch unser Vertrauen in die Entwicklung eines echten politischen Dialogs mit diesen Regierungen, der einen offenen und konsequenten Austausch fördert.

Dieser neue Schwung drückt sich in einer starken Aktivität und Mobilisierung der sozialen Bewegungen Europas und Lateinamerikas aus sowie im Entstehen transformatorische Regierungen wie der von Venezuela und von Evo Morales in Bolivien und anderer Regierungen, die sich in Lateinamerika von der Politik des Freihandels distanzieren. Wir vertrauen darauf, dass dies zu einer Verstärkung jener Tendenzen beiträgt, die die gegenwärtige neoliberale Politik beenden und den Weg zu einem neuen Integrationsprozess von unten gehen wollen.

Der größte Erfolg von „Enlazando Alternativas 2“ ist es, den Gleichklang und Zusammenhalt unserer Analysen und unserer Handlungen gegen die neoliberale Politik und die sie unterstützenden Regierungen offenkundig gemacht zu haben. Wir, Frauen und Männer der sozialen Bewegungen und Organisationen aus Europa, Lateinamerika und der Karibik verpflichten uns, weiterhin initiativ daran zu arbeiten, um gemeinsam die Bedingungen für eine gerechtere und solidarischere Welt zu schaffen.

- Wir sagen Nein zu den Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik. Nein zum europäischen "ALCA" und zur Schaffung von militärischen und Sicherheits-Klauseln zur Verteidigung der Interessen des Kapitals.
- Nein zur Vertiefung der Freihandelsabkommen mit Mexiko und Chile und der Ausarbeitung von Freihandelsabkommen mit Zentralamerika, der Andenregion und dem Mercosur.
- Ja zur Streichung der Auslandsschuld der Staaten von Lateinamerika und der Karibik gegenüber den Ländern der Europäischen Union und zur Anerkennung der angehäuften historischen Schuld. Wir sind nichts schuldig, wir zahlen nichts! Wir sind keine Schuldner, wir sind Gläubiger!
- Nein zur europäischen Verfassung, zur Bolkenstein-Richtlinie und zur Privatisierung der öffentlichen Dienste in der Europäischen Union.
- Ja zur Verstärkung der Einheit und des biregionalen Zusammenhalts der sozialen Bewegungen beider Kontinente auf dem Weg zu einer anderen möglichen Welt, einer gerechten, ausgleichenden, antipatriarchalen und friedlichen Welt.

Öffentliche Anhörung im Bundestag am 2.6.2006

Kolumbien-Hearing im Deutschen Bundestag

Öffentliche Anhörung der Fraktion DIE LINKE. am 2. Juni 2006

mit u.a. Gloria Cuartas, Raoul Zelik, Dario Azzellini

Während sich in einigen Ländern Lateinamerikas eine Dynamik weg von einem zerstörerischen neoliberalen Entwicklungsmodell, hin zu mehr Partizipation und sozialer Gerechtigkeit Bahn zu brechen scheint, ist die Situation in Kolumbien nach wie vor und sogar wieder zunehmend von Gewalt und Repression geprägt. Die Präsidentschaftswahlen am 28. Mai fanden in einem Klima der Einschüchterung statt.

Die Fraktion DIE LINKE. beteiligte sich an der Internationalen Wahlbeobachtermission, die sich vom 24. bis 29. Mai in Kolumbien aufhielt, um diejenigen Kräfte zu stützen, die auf eine repressionsfreie demokratische Gesellschaft hoffen. Auf unserer Kolumbien-Anhörung wollen wir über Wege zu einer politischen Konfliktlösung diskutieren und die Politik der USA, der EU und Deutschlands in Bezug auf Kolumbien kritisch beleuchten. Dazu haben wir Fachleute aus Kolumbien und Deutschland eingeladen: Gloria Cuartas, die ehem. „Bürgermeisterin des Friedens“, Julio Avella, ebenfalls ein ehem. Bürgermeister, Alexandra Huck (KOLKO), Hernan del Valle (Ärzte ohne Grenzen), Bettina Reis (ILA), Stefan Ofteringer (Misereor) sowie die Autoren Raoul Zelik und Dario Azzellini. Aus der Fraktion DIE LINKE. werden die Abg. Oskar Lafontaine, Wolfgang Gehrcke, Diether Dehm und Heike Hänsel sowie Ute Watermann (Büro Monika Knoche) mitwirken. Für Abends ist in der Berliner Gaststätte Terzo Mondo (S-Bahnhof Savignyplatz) eine kulturelle, kulinarische und politische Begegnung mit Gloria Cuartas vorbereitet.

Veranstaltungsort: Reichstag, Fraktionssaal der Fraktion DIE LINKE. (Südeingang)
Anmeldung bis 30.5.2006 unter Angabe der Anschrift und des Geburtsdatums an:
Heike Hänsel, MdB, Fax: 030 227 76179, Email: heike.haensel@bundestag.de

Abschlussveranstaltung mit dem „ Großen Gesang“ – Stimmen der Solidarität



Das Werk CANTO GENERAL des chilenischen Literatur-Nobelpreisträgers Pablo Neruda erzählt die Geschichte der Völker Lateinamerikas und beschreibt die Hoffnungen der sozialen Bewegungen, die jetzt in besonderer Weise aktuell geworden sind. Der GROßE GESANG wurde von dem griechischen Komponisten Mikis Theodorakis vertont. Teile davon wurden auf dem **Alternativen Lateinamerika-EU-Gipfel „Enlazando Alternativas“** in einer Musikwerkstatt unter der Chorleitung von Henning Zierock (Theodorakis-Chor) mit

vielen Stimmen aus Lateinamerika und Europa, einer griechischen Musikgruppe und der brasilianischen Sängerin Cida einstudiert.



Auf der Abschlussveranstaltung am 13. Mai in der Stadthalle Wien wurde dann das Werk mit den Staatspräsidenten aus Venezuela, Hugo Chavez, und Bolivien, Evo Morales, aufgeführt.

Auf dem Abschlusspodium mit den Präsidenten aus Bolivien und Venezuela, dem stellvertretenden Senatspräsidenten aus Cuba und den sozialen Bewegungen aus Lateinamerika und Europa sprach Hugo Chavez eine Einladung an die TeilnehmerInnen des Enlazando Alternativas aus. So sollen die begonnenen Gespräche und Initiativen für eine solidarische Politik zwischen den Kontinenten in der zweiten Jahreshälfte 2006 in Havanna, Caracas und La Paz fortgeführt werden.

Aleida Guevara, Tochter von Che Guevara und aktive Teilnehmerin des Alternativengipfels in Wien, mit Heike Hänsel



Weitere Informationen zum Chorprojekt Canto General erhalten Interessierte im Büro von Heike Hänsel (Kontakt Daten siehe unten).

EU- Lateinamerika Gipfel

Zur neuen Politik in Lateinamerika gehört, dass die Länder Schritt für Schritt zu mehr Zusammenarbeit finden und sich aus der Dominanz und Vorherrschaft der USA lösen. Deshalb ist der Bush-Vorschlag für eine Freihandelszone nach den Interessen der USA gescheitert. Die lateinamerikanische Zusammenarbeit, eine Lateinamerika-Union, wächst von unten und wird auch keine Kopie der EU werden. Deshalb sollte der Gipfel EU-Lateinamerika nicht primär ein Wirtschaftsgipfel sein. Europa kann zu einem wichtigen Partner Lateinamerikas werden. Das aber nur, wenn Europa keine Kopie der USA ist und wird, sondern wenn Europa alternativ ist, und ein anderes Europa ist möglich. Wolfgang Gehrcke in der Debatte auf Antrag der Linken "Die Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika solidarisch gestalten - Kein Freihandelsabkommen EU-Mercosur"

Die Entscheidung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, die Erdgasfelder seines Landes zu verstaatlichen, hat eine Tatsache auf den Punkt gebracht: Der politische Wind in Lateinamerika hat sich gedreht. Eine Tatsache, die offensichtlich gewöhnungsbedürftig ist. Nur so kann ich die Erklärung des deutschen Außenministers, dass er in Sorge sei, erklären. Worüber er besorgt ist, darüber ließ uns der Herr Außenminister im Unklaren. Wenn seine Sorge die geschichtliche Erfahrung reflektiert, dass eine solche mutige Entscheidung in der Vergangenheit oftmals zu einem von der USA unterstützten Militärputsch führte, kann ich sie verstehen; wenn allerdings der Eingriff in die Macht und den Einfluss multinationaler Konzerne die Grundlage ist, will ich widersprechen. Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass die Erklärung der Entwicklungsministerin einen anderen Tenor hatte.

An Lateinamerika wird besonders deutlich, dass der Neoliberalismus seinen Zenit überschritten hat, seine Akzeptanz in den Bevölkerungen zu bröckeln beginnt. Schwer wird es sein, die Zerstörungen, die drei Jahrzehnte Marktradikalismus hinterlassen, im Sinne von Solidität, Solidarität und Gerechtigkeit, von Ausgleich und Sozialstaatlichkeit aufzuarbeiten. Genau vor dieser Aufgabe stehen Politikerinnen und Politiker, die heute das neue Lateinamerika verkörpern. Ich denke dabei an Chávez in Venezuela, Kirchner in Argentinien, Lula in Brasilien, Morales in Bolivien und viele mehr. Ich denke aber auch an die Opfer der Militärdiktaturen und Putsch in Chile, Guatemala, El Salvador, Uruguay und vielen anderen Staaten. Für sie alle steht ein Name, der hier genannt werden muss: Salvador Allende. Er ist den Golgathaweg von Befreiung und Gerechtigkeit bis zum bitteren Ende gegangen. Ganz in diesem Sinne sollten wir noch einmal deutlich machen, dass deutsche Politik sich nachhaltig für die Einhaltung der Friedensverträge und der Menschenrechte in Guatemala und El Salvador einsetzt und dass wir zum Beispiel für Demokratie, sozialen Ausgleich und für ein Ende des Bürgerkrieges in Kolumbien eintreten.

Zur neuen Politik in Lateinamerika gehört, dass die Länder Schritt für Schritt zu mehr Zusammenarbeit finden und sich aus der Dominanz und Vorherrschaft der USA lösen. Deshalb ist der Bush-Vorschlag für eine Freihandelszone nach den Interessen der USA gescheitert. Die lateinamerikanische Zusammenarbeit, eine Lateinamerika-Union, wächst von unten und wird auch keine Kopie der EU werden.

Deshalb sollte der Gipfel EU-Lateinamerika nicht primär ein Wirtschaftsgipfel sein. Europa kann zu einem wichtigen Partner Lateinamerikas werden. Das aber nur, wenn Europa

keine Kopie der USA ist und wird, sondern wenn Europa alternativ ist, und ein anderes Europa ist möglich. Die Verträge mit Lateinamerika müssen sozialstaatlich gebunden sein und auf Armutsbekämpfung zielen. Lateinamerika als "Markt" für Demokratie und Soziales und nicht als Markt für Waffen, dahin sollte sich die EU orientieren.

Es muss endlich Widerstand aufgebaut werden: Mensch, Tiere und Pflanzen dürfen nicht länger Objekte der Genpatentierung, kapitalistischer Verwertungsbedingungen sein.

Zu einer neuen Lateinamerikapolitik gehört auch eine neue Kubapolitik, die mit einer Absage an US-Embargos und Boykotte dazu beiträgt, dass Freiräume für Bürgerinnen und Bürger wachsen, dass soziale und politische Rechte zusammenfinden.

Wenn die Zusammenarbeit EU-Lateinamerika eine neue Qualität erreichen soll, muss sich auch die EU verändern. Um zu meinem Ausgangspunkt zurückzukehren: Wenn ein Staat seine Ressourcen in das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger zurückholt, sollte er aus Deutschland nichts von Sorgen hören, sondern Unterstützung erfahren. Ein "Bravo" vom Außenminister wäre auch eine Antwort auf Morales gewesen.

Parlamentarische Initiative

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Norman Paech, Heike Hänsel, Ulla Lötzer und Fraktion DIE LINKE.

Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt

Der Bundesregierung liegt derzeit ein Antrag für eine Exportkreditversicherung über ca. 100 Millionen Euro für die Beteiligung der ZÜBLIN AG am Bau des Ilisu-Staudamms am Tigris im Südosten der Türkei vor. Ein erstes, im Jahr 1997 auf den Weg gebrachtes Vorhaben, zum Bau dieses Staudamms scheiterte, nachdem sich 2001 einige Konsortialpartner und mit der Union Bank of Switzerland schließlich auch der Hauptfinanzier aufgrund sozialer und ökologischer Bedenken aus dem Projekt zurückzogen. Ende 2005 wurden für den Bau des umstrittenen Staudamms eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung und ein neuer Umsiedlungsplan vorgelegt, mit denen nach Darstellung des Konsortiums die Kritikpunkte ausgeräumt werden sollten. Der Weltbank- und OECD-Experte für Umsiedlungsfragen, Prof. Dr. Michael M. Cernea, kommt demgegenüber in einem von ihm für die Berne Declaration und die Ilisu Campaign Europe erstellten Gutachten vom Februar 2006 zu dem Schluss, dass der Umsiedlungsplan keinesfalls ausgereift genug ist, um als Grundlage für eine Exportkreditversicherung anerkannt zu werden. Ersatzland für die über 50.000 von Umsiedelung Betroffenen stehe nicht im ausreichendem Maße zur Verfügung. Die geplanten Maßnahmen zur Schaffung neuer Einkommensquellen schätzt Cernea als völlig unrealistisch ein.

Ein von WEED und weiteren Nichtregierungsorganisationen bei dem Wasserforschungsinstitut EAWAG und der Consultingfirma Philip Williams & Associates in Auftrag gegebenes Gutachten hat zudem die neue Umweltverträglichkeitsprüfung gründlich analysiert. Die Gutachter heben hervor, dass mit den Versäumnissen in der Alternativenprüfung sowie der fehlenden Berücksichtigung grenzüberschreitender Auswirkungen erhebliche Verfahrensfehler begangen wurden. Die Gutachter befürchten eine dramatische Verschlechterung der Wasserqualität, ein massives Fischsterben, sowie die Zerstörung lebenswichtiger Lebensräume bedrohter Vogelarten und anderer Tiere. Zu demselben Ergebnis kam der Türkische Naturschutzverein Doga Dernegi.

Das Ilisu-Staudammprojekt droht im Übrigen unwiederbringliche Kulturgüter zu vernichten. Die bestehenden Pläne zur Rettung des Kulturgutes scheinen insbesondere mit Blick auf den Zeitplan und die zur Verfügung gestellten Ressourcen unrealistisch zu sein. Im Falle einer Flutung würden die immensen kulturellen Schätze der Jahrtausende alten Stadt Hasankeyf und der Umgebung für immer untergehen.

Besondere Brisanz erhält das Projekt durch die Tatsache, dass der Tigris ein grenzüberschreitender Fluss ist. Die Anrainerstaaten Syrien und Irak wären von der Aufstauung des Wassers maßgeblich betroffen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1.
 - a) Nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung über die Bewilligung der beantragten Hermes-Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm?
 - b) Sind diese Kriterien nach Auffassung der Bundesregierung erfüllt?
 - c) Wenn nein, wurden dem Antragsteller zur Bewilligung einer Hermes-Bürgschaft Auflagen gestellt, und wenn ja, welche?
 - d) Wann beabsichtigt die Bundesregierung eine Entscheidung über die beantragte Bürgschaft zu fällen?
2.
 - a) Geht die Bundesregierung angesichts der beantragten Exportkreditversicherung davon aus, dass das Ilisu-Staudammprojekt nach dem derzeitigen Planungsstand nachhaltige Schäden an der Umwelt verursachen wird, und wenn ja, welche?
 - b) Hat die Bundesregierung die von den zuständigen türkischen Behörden erstellte Umweltverträglichkeitsprüfung einer eigenständigen Begutachtung unterzogen?
 - c) Wenn ja, zu welchem Ergebnis hat dies geführt?
 - d) Wenn nein, was hat die Bundesregierung dazu bewegt, darauf zu verzichten?
3.
 - a) Hält die Bundesregierung die im Umsiedlungsplan genannten Maßnahmen zur Entschädigung der durch das Projekt betroffenen Personen für ausreichend?
 - b) Geht die Bundesregierung davon aus, dass die im Umsiedlungsplan genannten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einkommensgrundlagen der durch das Projekt betroffenen Personen ausreichen, um deren Existenzgrundlagen dauerhaft zu sichern?
 - c) Hat die Bundesregierung den von den zuständigen türkischen Behörden erstellten Umsiedlungsplan einer eigenständigen Begutachtung unterzogen?
 - d) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - e) Wenn nein, was hat die Bundesregierung dazu bewegt, darauf zu verzichten?
4.
 - a) Welchen Stellenwert weist die Bundesregierung der Gefährdung von Kulturgut in ihrer Entscheidung zu?

- b) Geht die Bundesregierung angesichts der beantragten Exportkreditversicherung davon aus, dass die Rettung der archäologischen Schätze der Stadt Hasankeyf sichergestellt ist?
- c.) Hält die Bundesregierung die von der türkischen Regierung vorgelegten archäologischen Rettungspläne für angemessen und ausreichend?
- d) Wenn ja, hält sie die darin vorgesehenen Maßnahmen für umsetzbar?
5. a) Geht die Bundesregierung davon aus, dass das Ilisu-Staudammprojekt nach derzeitigem Planungsstand die internationalen Standards der Weltbank und der OECD, sowie die Empfehlungen der Weltstaudammkommission (WCD) einhält?
- b) Wenn nein, in welchen Bereichen werden nach Ansicht der Bundesregierung diese Standards nicht eingehalten? Wurde dieser Standpunkt dem Konsortium mitgeteilt?
6. a) Wie schätzt die Bundesregierung das internationale Konfliktpotential ein, das durch die Stauung des Tigris entsteht?
- b) Welche Rolle spielt dies für den Genehmigungsprozess der beantragten Exportkreditversicherung?
- c) Ist die Bundesregierung über die Einbeziehung der zuständigen Stellen im Irak und Syrien in die Planungen durch die türkische Regierung informiert?
- d) Wenn ja, in welcher Form und mit welchem Ergebnis ist dies geschehen?
- e) Wenn nein, welche Anstrengungen hat sie unternommen, um an diese Informationen zu gelangen?

Hüseyin-Kenan Aydın, 11.5.2006: Rede

Entschuldung - Voraussetzung für Entwicklung

Der OECD-Bericht kritisiert den mangelnden strategischen Ansatz der deutschen Entwicklungspolitik. Es geht um die Effektivierung der Armutsbekämpfung. Es gibt einzelne Länder, vor allem in der Sahelzone, wo die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch ein umfassendes und zusammenhängendes Konzept zur Armutsbekämpfung überzeugt. Leider ist die deutsche Entwicklungspolitik in ihrer Gesamtheit aber alles andere als optimal aufgestellt. Der Anteil der armutsrelevanten Kernbereiche Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung betrug 2005 zusammengenommen deutlich weniger als 25 Prozent der Mittel für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Hüseyin Aydın in der Debatte zur Entwicklungszusammenarbeit.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP fordert in ihrem Antrag mehr Zielgenauigkeit und Effektivität in der deutschen Entwicklungshilfe.

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Das ist doch gut!)

Wer würde dem widersprechen? Sie haben Recht. Niemand ist gegen mehr Effizienz. Sie wollen jedoch den Eindruck vermitteln, als behindere allein die mangelnde Effizienz die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Das ist Unsinn.

Die Millenniumsentwicklungsziele sehen die Halbierung der Zahl der weltweit Hungernden und extrem Armen bis zum Jahr 2015 vor. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen zunächst einmal mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dazu sagt die FDP aber keinen Ton.

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der EU auf einen Stufenplan zur Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 verpflichtet. Die Bundesregierung behauptet heute, der erste Schritt sei getan. Mit 0,35 Prozent sei das Etappenziel in diesem Jahr sogar übertroffen worden. Das ist Augenwischerei.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Rechnen muss man schon können!)

Kollege Raabe, in Wirklichkeit wurde diese scheinbare Erhöhung nur dadurch erreicht, dass dem Irak und Nigeria Schulden erlassen wurden. Darauf hat Herr Ruck hingewiesen.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Sind es 0,35 Prozent oder nicht?)

Dieser Erlass wurde auf die öffentlich geleistete Entwicklungshilfe angerechnet. Die OECD hat festgestellt, dass die deutsche Entwicklungshilfe, bereinigt um die Mittel des Schuldenerlasses und der Wechselkurseinflüsse, zwischen 2004 und 2005 um fast 10 Prozent abgenommen hat. Ich wiederhole: minus 10 Prozent. Das ist nicht meine Berechnung. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Wir von der Linksfraktion sind für die umfassende Entschuldung von Drittweltländern.

(Beifall bei der LINKEN)

Viele afrikanische Staaten werden von einer Schuldenlast erdrückt. Entschuldung ist die Voraussetzung für Entwicklung.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Deshalb ist auch die ODA-Anrechnung richtig!)

Kollege Raabe, nehmen wir das Beispiel Mosambik. Der deutliche Anstieg der Einschulungsrate in Mosambik steht in einem engen Zusammenhang mit der Entschuldung des Landes.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Richtig!)

Doch ohne den Bau neuer Schulen, ohne Mittel für die Ausbildung von Lehrern wird die Entschuldung nicht greifen. Entschuldung kann die Bereitstellung echter, frischer Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit nicht ersetzen. Bundesministerin Wieczorek-Zeul hat offenbar vergessen, dass sie diesem Punkt bis vor kurzem zustimmte. Im März 2002 hat sich die Bundesregierung im mexikanischen Monterrey darauf eingelassen, Schuldenerlasse nicht auf die ODA-Quote anzurechnen.

(Beifall des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Leider hält sich die Bundesregierung heute nicht mehr daran. Sie erklärt das sogar zu einem großen Fortschritt auf dem Weg zur Erfüllung der gesteckten Entwicklungsziele.

Frau Ministerin, ich frage Sie: Ist das der Preis, den Sie für die große Koalition zahlen müssen? Der OECD-Bericht kritisiert den mangelnden strategischen Ansatz der deutschen Entwicklungspolitik. Es geht um die Effektivierung der Armutsbekämpfung. Es gibt einzelne Länder, vor allem in der Sahelzone, wo die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch ein umfassendes und zusammenhängendes Konzept zur Armutsbekämpfung überzeugt. Die Frauen und Männer von der GTZ leisten in einem Land wie Burkina Faso hervorragende Arbeit. Dort trägt das Programm "Landwirtschaftliche Entwicklung" zur Sicherung der Ernährungsgrundlagen bei. Hier werden die Folgen der Armut, die eine unsoziale und ungerechte Weltwirtschaftsordnung immer von neuem erzeugt, unmittelbar bekämpft. Ich empfinde es als angebracht, an dieser Stelle - ich hoffe, ich spreche im Namen aller Abgeordneten im Deutschen Bundestag - den Entwicklungshelfern für ihren Einsatz Anerkennung und Dank auszusprechen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe [SPD])

Leider ist die deutsche Entwicklungspolitik in ihrer Gesamtheit aber alles andere als optimal aufgestellt. Der Anteil der armutsrelevanten Kernbereiche Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung betrug 2005 zusammengenommen deutlich weniger als 25 Prozent der Mittel für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Die FDP kommt mit ihrem Antrag kritisch daher. Sie fordert die Überprüfung des Verhältnisses "zwischen technischer und finanzieller Zusammenarbeit" um "belastende ... Bürokratie zu verringern". Wer ist schon für belastende Bürokratie? Selbst die Linke nicht. Wenn die FDP die Verschlinkung des Staates fordert, dann ist der Stellenabbau nicht weit.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir sagen: Effizient ist das, was den Armen in der Dritten Welt hilft. Wenn eine Fusion von technischer und finanzieller Zusammenarbeit in der deutschen Entwicklungshilfe dem Kampf gegen Hunger, dem Kampf gegen Aids und dem Bau neuer Abwassersysteme dient, dann unterstützen wir das.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege, ich muss Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Ich komme zum letzten Absatz.

Der OECD-Bericht merkt kritisch an, Deutschland möge über Möglichkeiten zur Freisetzung zusätzlicher öffentlicher Haushaltsmittel für die Entwicklungsarbeit nachdenken, sprich: nicht nur auf dem Papier, sondern real die Entwicklungshilfe steigern.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege!

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Doch diese Kritik hat die FDP in ihrem Antrag gern übersehen. Zu einem Antrag, der von Effektivität redet, aber Abbau der Entwicklungshilfe meint, können wir nur Nein sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter:
Dr. Alexander King
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen (vorläufige Adresse):
Heike Hänsel MdB
Ammergasse 14
72070 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiterin: Traudel Horn-Metzger
traudel.horn-metzger@heike-haensel.de

Wahlkreismitarbeiter: Frederico Elwing
frederico.elwing@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Dr. Armin Osmanovic
Telefon: 030 – 227 52131

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Sonay Ataç
Dr. Frank Renken

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiterin: Martina Ammann-Hilberath
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Referent für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
amin.osmanovic@linksfraktion.de